



Städte- und Gemeindebund  
Nordrhein-Westfalen

■ Städte- und Gemeindebund NRW • Postfach 10 39 52 • 40030 Düsseldorf

Vorbericht  
46. Sitzung des Gleichstellungsausschusses  
des StGB NRW  
am 02.04.2019 in Düsseldorf

Postfach 10 39 52 • 40030 Düsseldorf  
Kaiserswerther Straße 199-201  
40474 Düsseldorf  
Telefon 0211 • 4587-1  
Telefax 0211 • 4587-292  
E-Mail: info@kommunen.nrw  
pers. E-Mail: Cornelia.Jaeger@kommunen.nrw  
Internet: www.kommunen.nrw

Aktenzeichen: G.7.2-006/002  
Ansprechpartner/in:  
Beigeordneter Andreas Wohland  
Referentin Dr. Cornelia Jäger  
Durchwahl 0211 • 4587- 223/226

### **Punkt 5 der TO:**

**Aktueller Sachstand zum KiBiz, insbesondere Randzeitenbetreuung**

19.03.2019

### **5.1 Beschlussvorschlag:**

Der Gleichstellungsausschuss nimmt den Bericht der Geschäftsstelle zur Kenntnis.

### **5.2 Begründung:**

Der Ausschuss hat sich in der Vergangenheit bereits mehrfach mit der Reform des KiBiz beschäftigt.

#### **5.2.1 Beschluss der Kleinen Kommission**

Nachdem im Laufe des Monats Dezember 2018 bei den Verhandlungen zur KiBiz-Reform mit dem Land deutliche Fortschritte erzielt werden konnten, hat sich die Kleine Kommission am 19. Dezember 2018 intensiv mit der Thematik beschäftigt und hierzu folgenden Beschluss gefasst:

1. *„Die Kleine Kommission hält das Papier "Gesprächsstand zwischen den kommunalen Spitzenverbänden und dem Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration" vom 06.12.2018 grundsätzlich für eine geeignete Grundlage für eine KiBiz-Reform, da es zentrale Forderungen der kommunalen Seite beinhaltet:*
  - *Herstellung der Auskömmlichkeit*
  - *Absenkung des kommunalen Trägeranteils*
  - *Indexierung der Pauschalen*
  - *Begrenzung der Rücklagenbildung der Träger*
  - *Zusage des Landes zur Investitionsförderung.*
  
2. *Die Kleine Kommission erwartet, dass im Rahmen der KiBiz-Reform folgende Positionen berücksichtigt werden:*
  - *Bei der Reduzierung des kommunalen Trägeranteils auf Kosten des Landes in Höhe von 3 % werden insbesondere Kommunen mit eigenen Tagesein-*

*richtungen entlastet. Daher ist es sinnvoll, dass diese Kommunen die Kosten für die Absenkung weiterer drei Prozentpunkte, die auf Kosten der kommunalen Seite erfolgen, entsprechend der Anzahl der Plätze in Tageseinrichtungen selbst finanzieren.*

- *Die Landesgarantie für Investitionen in Betreuungsplätze darf nicht nur den Neubau, sondern muss auch Veränderungen im Bestand, Reinvestitionen o.Ä. umfassen.*

3. *Die Kleine Kommission beauftragt die Geschäftsstelle, mit dem Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes NRW (MKFFI) auf dieser Basis eine Vereinbarung zur Novellierung des KiBiz zu schließen.“*

### **5.2.2 Abschluss der Vereinbarung**

Da sowohl Landkreistag als auch Städtetag in ihren Gremien ebenfalls zustimmende Beschlüsse gefasst hatten, haben sich die kommunalen Spitzenverbände mit Minister Dr. Stamp auf Eckpunkte für eine Reform des Kinderbildungsgesetzes verständigt (vgl. **Anlage 1**). Vorangegangen waren mehrere Verhandlungsrunden in Spitzengesprächen der Hauptgeschäftsführer der kommunalen Spitzenverbände mit Minister Dr. Stamp und zahlreiche Abstimmungsgespräche mit der zuständigen Fachabteilung des Ministeriums. Die Geschäftsstelle konnte dabei die entscheidenden Positionen, die vom Präsidium und der Kleinen Kommission des Verbandes beschlossen worden sind, in den Eckpunkten realisieren.

Die kommunalen Spitzenverbände haben anlässlich der Unterzeichnung der Vereinbarung die als **Anlage 2** beigefügte Presseerklärung veröffentlicht. Darin hat die kommunale Seite insbesondere hervorgehoben, dass das Finanzdefizit in der Kindertagesbetreuung nun beseitigt werde.

Die abgeschlossene Vereinbarung umfasst im Wesentlichen folgende Punkte:

- Herstellung der Auskömmlichkeit

Zwischen Land und kommunalen Spitzenverbänden besteht dahingehend Konsens, zum Kindergartenjahr 2020/2021 die strukturelle Unterfinanzierung des Kinderbildungsgesetzes zu beseitigen und die Auskömmlichkeit des Systems herzustellen. Die Herstellung der Auskömmlichkeit wird rd. 750 Mio. Euro kosten. Da Träger und Eltern nicht zur Finanzierung der Auskömmlichkeit herangezogen werden sollen, werden Land und Kommunen die Hälfte der Kosten tragen, d. h. jeweils 375 Mio. Euro pro Jahr. Hierdurch sinken relativ die Eigenanteile aller Träger von Tageseinrichtungen und der Anteil der Elternbeiträge.

Zu beachten ist allerdings, dass ab dem Kita-Jahr 2020/2021 die Überbrückungsfinanzierung mit einem Umfang von 450 Mio. Euro entfallen wird (vgl. Schnellbrief 190/2018, vom 16.07.2018), so dass den Tageseinrichtungen der entsprechend reduzierte Betrag, rd. 300 Mio. Euro zusätzlich zur Verfügung stehen wird.

Die Kleine Kommission des Städte- und Gemeindebundes hatte in diesem Zusammenhang beschlossen, dass nach Herstellung der Auskömmlichkeit die Kommunen in Abstimmung mit den Trägern die Notwendigkeit von freiwilligen Leistungen überprüfen.

Mit Schnellbrief vom 11.02.2019 (Ifd. Nr. 45/2019) hat die Geschäftsstelle die Mitgliedskommunen über den Rechenweg informiert, mit dem das örtliche Jugendamt die aus den 375 Mio. Euro entstehende Belastung errechnen kann (vgl. **Anlage 3**).

– Index

Um ein dauerhaft auskömmliches Finanzierungssystem zu realisieren, ist geplant, das KiBiz dahingehend zu ändern, dass die Personalkosten nach Maßgabe der tatsächlichen Kostenentwicklung indexiert werden. Im Gegensatz zum bestehenden Kinderbildungsgesetz sollen daher die Pauschalen auf der Grundlage von realen Kostensteigerungen abgebildet werden. Damit soll die neue KiBiz-Finanzierung dauerhaft tragfähig sein.

Die näheren Einzelheiten hierzu müssen mit dem Jugendministerium noch abgestimmt werden.

– Kommunaler Trägeranteil

Die Geschäftsstelle hat sich in mehreren Spitzengesprächen nachdrücklich dafür eingesetzt, dass im Rahmen der Reform des Kinderbildungsgesetzes der kommunale Trägeranteil abgesenkt wird. Hierdurch sollen die Steuerungsmöglichkeiten der Kommunen in der Jugendhilfe verbessert werden. Es konnte erreicht werden, dass der kommunale Trägeranteil um insgesamt 6 Prozentpunkte abgesenkt wird.

Da ein Prozentpunkt in etwa Kosten in Höhe von 20 Mio. Euro verursacht, betragen die Kosten für die 6 Prozentpunkte rd. 120 Mio. Euro. Davon trägt das Land 3 Prozentpunkte, weitere 3 Prozentpunkte werden von den Trägern der öffentlichen Jugendhilfe aufgebracht. Mit der Verringerung des Abstandes zwischen dem kommunalen Trägeranteil und den übrigen Trägeranteilen (vgl. die Übersicht Anlage 1 am Ende) wird eine wesentliche Position der kommunalen Spitzenverbände umgesetzt.

Zu beachten ist, dass sich der Abstand zwischen dem kommunalen Trägeranteil und dem Trägeranteil der Kirchen nach dem neuen KiBiz von derzeit 9 % auf zukünftig rd. 2 % reduzieren wird. Da die Kommunen mit eigenen Tageseinrichtungen über einen Abzug beim Belastungsausgleich allerdings die von ihnen zu tragenden 3 % aufbringen müssen, beträgt der Abstand zwischen dem kommunalen Trägeranteil und dem Trägeranteil der Kirchen faktisch 5 %. Wegen der Einzelheiten wird auf die Vereinbarung verwiesen.

– Flexible Öffnungszeiten

Im Rahmen der Diskussion der KiBiz-Reform stellte die Realisierung von flexiblen Öffnungszeiten aus der Sicht des Jugendministeriums ein zentrales Thema dar. Das Land möchte für flexible Randzeiten 100 Mio. Euro zur Verfügung stellen, von denen die kommunale Seite insgesamt 20 Mio. Euro pro Jahr übernehmen soll. Die Steuerung der Angebote soll über die kommunale Bedarfsplanung erfolgen. Damit haben die Jugendämter zukünftig erstmals die Möglichkeit, auch dann eine Erstattung ihrer Kosten zu realisieren, wenn die Betreuung in der Tageseinrichtung über eine 45-Stunden-Buchung hinausgeht.

– Rücklagenbildung

Zwischen den Vereinbarungspartnern bestand frühzeitig Konsens darüber, dass die Möglichkeit der Rücklagenbildung bei den Trägern im Zuge der Novellierung wirksam begrenzt werden muss.

Zu der Frage, wie im Einzelnen die Regelung im Referentenentwurf aussehen wird, werden zwischen den kommunalen Spitzenverbänden, dem Land und der freien Seite sowie den Kirchen noch Gespräche stattfinden.

– Investitionsförderung/Platzausbau

Für die Geschäftsstelle ist es in den Gesprächen von zentraler Bedeutung gewesen, dass im Rahmen des notwendigen weiteren Platzausbaus das Land den Kommunen und Trägern garantiert, jeden notwendigen Platz beim Ausbau zur Bewilligung auf der Grundlage der gültigen Förderrichtlinie zu finanzieren. Wie der Vereinbarung zu den Eckpunkten zu entnehmen ist, konnte nicht nur eine Platzgarantie als politische Zusage des Ministers realisiert werden. Es wurde auch ein Passus aufgenommen, wonach notwendige weitere Mittel für den investiven Mehrbedarf durch die Landesregierung zur Verfügung gestellt werden, wenn die im Haushaltsplan etatisierten Mittel in dieser Legislaturperiode nicht ausreichen sollten.

Die Investitionsförderung soll auf der Grundlage der aktuell geltenden Förderrichtlinie für die Schaffung zusätzlicher Betreuungsplätze durch Neubau, Ausbau und Umbau sowie Ausstattungsmaßnahmen erfolgen. Entsprechend der Förderrichtlinie kann dann ein Anteil der Investitionsförderung für den Erhalt von Plätzen eingesetzt werden, die ohne bauliche Investitionen entfallen würden.

Auf dieser Basis wird das Jugendministerium NRW einen Referentenentwurf erarbeiten, der noch in der ersten Jahreshälfte in die Verbändeannäherung gehen soll. Damit die Träger die notwendige Planungssicherheit für die neue KiBiz-Finanzierung erhalten, ist allerdings ein Vorlauf von mindestens einem Jahr erforderlich. Damit das Reformvorhaben zeitnah in Kraft treten kann, ist es daher erforderlich, dass das Land das Gesetzgebungsverfahren zügig auf den Weg bringt.

### **5.2.3 Weitere Gespräche mit dem MKFFI NRW**

Inzwischen fanden mit der Fachabteilung des Jugendministeriums mehrere Gespräche zur Umsetzung der Eckpunkte statt. Auf der Grundlage des Eckpunktepapiers besteht Einvernehmen darüber, dass die Anpassung der Kindpauschalen künftig durch eine jährliche Indexierung, orientiert an der tatsächlichen Kostenentwicklung, in der Systematik des Kinderbildungsgesetzes erfolgen soll. Ausgehend von der tatsächlichen Kostenentwicklung haben sich die kommunalen Spitzenverbände unter Einbeziehung von Praktikern aus den Mitgliedskommunen dafür ausgesprochen, eine Indexierung im Verhältnis 90 % Personalkosten und 10 % Sachkosten vorzusehen. Grundlage für die Dynamisierung der Personalkosten sollen KGSt-Werte sein.

Mit Blick auf die verschiedenen landesseitig finanzierten Sonderfördertatbestände im Bereich der Finanzierungssystematik zum bestehenden Kinderbildungsgesetz ist insbesondere eine weitergehende Reduzierung des Verwaltungsaufwandes diskutiert worden. Die Überlegungen gehen aktuell dahin, die U3-Pauschale und die Verfügungspauschale in die Kindpauschale zu integrieren, wobei die Kostenlast für die Pauschalen weiterhin zu 100 % beim Land liegen soll. Die Pauschalen für die plusKita und die Sprachförderung sollen gegebenenfalls ebenfalls zu einem gemeinsamen Sonderfördertatbestand zusammengefasst werden.

Zu der Umsetzung der weiteren Öffnungszeiten durch das Land liegen der Geschäftsstelle derzeit keine Informationen vor. Hier wird man abwarten müssen, welche Regelungen konkret der Referentenentwurf für ein neues KiBiz enthält. Nach den der Geschäftsstelle vorliegenden Informationen beabsichtigt das Ministerium allerdings, die dem Land entstehenden Kosten aus den Mitteln des Bundes für das sogenannte gute Kita-Gesetz zu finanzieren.

### **5.2.4 Beitragsbefreiung für ein weiteres Kita-Jahr**

Für die kommunalen Spitzenverbände hat Minister Dr. Stamp am 08.01.2019 überraschend angekündigt, die Eltern für ein weiteres Kindergartenjahr von Elternbeiträgen freizustellen. Zur Finanzierung sollen die aus dem „Gute-Kita-Gesetz“ zur Verfügung stehenden Mittel

verwendet werden. Die kommunale Seite erwartet, dass den Kommunen alle entstehenden Einnahmeausfälle erstattet werden.

In den Gesprächen hat das Ministerium hierzu seine grundsätzliche Bereitschaft signalisiert, es ist allerdings der Auffassung, dass der für das letzte beitragsfreie Kindergartenjahr in Ansatz gebrachte Abzug für ersparten Verwaltungsaufwand deutlich zu gering ist. Aktuell werden von dem errechneten fiktiven Beitragsaufkommen der Eltern 6 % abgezogen, da die Kommunen Verwaltungsaufwand einsparen. Mit der Ausweitung auf ein weiteres, zweites Kindergartenjahr vor der Einschulung steige der bei den Kommunen ersparte Verwaltungsaufwand nach Einschätzung des MKFFI weiter an, so dass hier ein höherer Wert von bis zu 25 % ersparter Verwaltungsaufwand bei den kommunalen Jugendämtern abzugsmindernd anzusetzen sei.

Die Angelegenheit wurde inzwischen in mehreren Runden mit Praktikern der kommunalen Spitzenverbände diskutiert. Das Ergebnis der Diskussion ist, dass ein ersparter Verwaltungsaufwand von 25 % viel zu hoch angesetzt ist.

Nach intensiven und kontrovers geführten Gesprächen erklärte sich das MKFFI bereit, den Verwaltungsabzug um lediglich 2 Prozentpunkte anzuheben (8 % statt 6 %).

Ausgehend von einer Elternbeitragsbefreiung von landesweit ca. 200 Mio. Euro pro Jahr dürften die Kosten für einen Prozentpunkt über beide Kindergartenjahre bei 4 Mio. Euro liegen.